

Das Dokument : Entwicklungspolitische Thesen der Jungen CVP

Autor(en): **Junge CVP (Schweiz)**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **74 (1980)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Dokument

Entwicklungspolitische Thesen der Jungen CVP

1. Entwicklung als Menschenrecht

Entwicklung heißt Befreiung. Eine Entwicklungspolitik nach christlichdemokratischen Grundsätzen muß sich als Ziel setzen, auch den Aermsten der Welt das Recht auf ein menschenwürdiges Leben in einer gerechten Gesellschaft zu gewährleisten. Dies ist nur möglich, wenn die wirtschaftlich-sozialen und die individuellen Menschenrechte verwirklicht werden.

Bevor der Mensch sich individuell und sozial voll entfalten kann, müssen seine wirtschaftlich-sozialen Menschenrechte verwirklicht sein. Das heißt: solange er unter Hunger und Elend leidet, kümmert er sich kaum um demokratische Freiheiten. In diesem Sinne stellt jede echte Entwicklung einen Befreiungsprozeß dar, der neben der Befreiung von Hunger auch die Befreiung von Apathie und Resignation, von rassischer, kultureller und sozialer Benachteiligung, von wirtschaftlicher Ausbeutung und Abhängigkeit und der oft damit verbundenen politischen Unterdrückung beinhaltet.

2. Grundbedürfnisse

Durch Selbstversorgung sollten zuallererst die materiellen und geistigen Grundbedürfnisse der Aermsten befriedigt werden:

Wasser, ausreichende, gesunde Ernährung, menschenwürdige Wohnung, umfassendes, einfaches Gesundheitswesen und eine auf ihre Entwicklung ausgerichtete Bildung. Sobald die Existenz gesichert ist, sinkt erfahrungsgemäß die Geburtenziffer auch ohne äußeren Zwang. Leider richten sich heute die meisten Entwicklungsländer wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten immer mehr auf die Konsum-Bedürfnisse der Menschen in den Industrieländern statt auf die Grundbedürfnisse ihrer Aermsten aus.

3. Selfreliance

Eine Entwicklung aus eigener Kraft und Verantwortung und entsprechend den eigenständigen sozio-kulturellen Gegebenheiten ist am wirkungsvollsten (Selfreliance).

Entwicklung ist vor allem die Sache der direkt Betroffenen, der Aermsten, und nicht die Sache fremder Staaten, fremder Funktionäre oder Unternehmen. Jede Entwicklung über die Köpfe der Betroffenen hinweg und nicht ausgerichtet auf ihre Grundbedürfnisse stellt eine neue Form von Kolonialismus oder Almosendenken dar.

4. Kluft zwischen Bevölkerungsschichten und Ländern

Nicht Nationen als solche oder Regierungen, schon gar nicht Militärs und eine immer reicher werdende Oberschicht bedürfen der Entwicklung, sondern die ärmsten Bevölkerungsschichten und Regionen (Peripherie). Durch eine neue Weltwirtschaftsordnung sollte aber auch die Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern überwunden werden.

5. Umverteilung

Eine Umverteilung durch strukturelle Änderungen und Reformen ist Voraussetzung, um eine echte, eigenständige Entwicklung der ärmsten Länder, Regionen und Bevölkerungsschichten überhaupt in Gang zu bringen.

Solange sich Boden, Kapital und politisch-wirtschaftliche Macht in wenigen Händen konzentrieren, kann die notwendige Eigenverantwortung und Initiative der benachteiligten Gruppen nicht gestärkt werden.

6. Welches Wachstum?

Wachstum heißt noch nicht Entwicklung. Notwendig ist kein quantitatives, sondern ein «soziales Wachstum», vor allem auf dem Lande, mit angepaßter Technik und wenig Kapital.

Von einem ständig wachsenden «Wirtschaftskuchen» profitieren in der Dritten Welt fast ausschließlich die Oberschicht und die reichen Zentren. Die sozialen Gegensätze vertiefen sich dadurch. Das Bruttosozialprodukt ist also kein Maßstab für den Entwicklungsstand, der Konzentrationsprozeß wohl einer für eine Fehlentwicklung.

7. Fehlentwicklungen

Fehlentwicklungen in der Dritten Welt hängen mit Fehlentwicklungen in Industrieländern zusammen.

Ueberentwicklung mit Rohstoff- und Energieverschwendung, Umweltzerstörung, wirtschaftlicher Konzentration, Uebersättigung, Fehlernährung, Drogenkonsum, Verkümmern sozialer Werte, Bevölkerungsrückgang usw. hängen zusammen mit Fehlentwicklungen vor allem in jenen Entwicklungsländern, die stark in den Welthandel integriert sind: exportorientierte Wirtschaft, Monokulturen, vernachlässigter Binnenmarkt, Verschuldung, Zentrenbildung mit Magneteffekt, vernachlässigtes Hinterland, Vertiefung der sozialen Kluft, wachsende Armut bei der Mehrheit und Bevölkerungsexplosion usw. Schnelles quantitatives Wachstum in den Entwicklungsländern verursacht ähnliche Fehlentwicklungen wie bei uns, allerdings mit viel schlimmeren Auswirkungen (z. B. Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts und damit der Lebensgrundlagen).

8. Fremde Wertvorstellungen und Wirtschaftsformen

Wertvorstellungen und Wirtschaftsformen westlicher und östlicher Industrieländer lassen sich nicht einfach auf die Dritte Welt übertragen. Führend sind die Industrieländer oft nur in materieller Hinsicht:

finanziell, wirtschaftlich, technologisch, militärisch. Im geistig-kulturellen und sozialen Bereich sind uns «unterentwickelte» Völker oft überlegen. Eine Entwicklung dieser Völker und Volksgruppen wird seit der Kolonisierung auch dadurch verhindert, daß deren ethnologische und kulturelle Verschiedenheiten nicht akzeptiert werden und nicht jeweils eine föderalistische, eigenständige Entwicklung gefördert wird.

9. Freie Marktwirtschaft

Je freier der Markt mit und in den Entwicklungsländern, um so mehr vertiefen sich die sozialen Gegensätze. Weil die armen Bevölkerungsmehrheiten nur über eine sehr geringe Kaufkraft verfügen, wird ihren elementaren Bedürfnissen kaum entsprochen.

Im Gegensatz dazu wird entsprechend den Luxusbedürfnissen der Reichen importiert und investiert. Dies verstärkt den Einfluß ausländischer Investoren, vor allem der multinationalen Gesellschaften. Mit ihrer finanziellen und technologischen Ueberlegenheit schaden diese aber oft den einheimischen Mittel- und Kleinbetrieben, fördern die Zentrenbildung sowie eine fremde Konsumhaltung und festigen die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern.

10. Zentralistische Planwirtschaft

Ebenso bildet zentralistische Planwirtschaft keine Alternative zur Misere.

Denn der Zentralismus lähmt die Eigeninitiative des einzelnen und kleiner Gemeinschaften, die Korruption und die Bürokratie blühen, die Produktivität sinkt. Die alten Herren werden durch neue ersetzt.

11. Verschuldung

Die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zwingen die Entwicklungsländer (exkl. OPEC), immer neue Kredite aufzunehmen. Sie geraten dadurch in den Teufelskreis übermäßiger Verschuldung,

welche die Abhängigkeit verstärkt und deren Zinsendienst die Entwicklung hemmt. Zahlungsbilanzschwierigkeiten der meisten Entwicklungsländer sind die Folge gesunkener Rohstoffpreise bei gestiegenen Preisen für Importgüter (teure Technologie, Erdöl, Waffen) sowie der Finanzflüsse in Form von übermäßigem Gewinntransfer und von Fluchtgeldern.

12. Kreditbedingungen

Kredite, an die unsoziale Bedingungen geknüpft werden, sind die größten Fesseln der Entwicklungsländer.

Solche Kreditbedingungen, besonders des IWF (Internationaler Währungsfonds), haben vor allem eine Liberalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Leistungen zur Folge. Umverteilungsmaßnahmen werden blockiert.

13. Rüstungsdynamik

Die Aufrüstungspsychose in der Dritten Welt absorbiert Gelder, die dringend für infrastrukturelle Verbesserungen mit entsprechenden Entwicklungseffekten benötigt würden.

Rüstungskäufe verschlechtern die Zahlungsbilanz und verengen den politischen Spielraum, indem diese Entwicklungsländer politisch und wirtschaftlich an Machtzentren gekettet werden (vor allem UdSSR und USA). Uebermäßige Aufrüstung vergrößert die Gefahr bewaffneter Konflikte. Immer mehr aber wird das wachsende militärische Potential auch gegen die sich wehrende Unterschicht oder gegen ethnische Minderheiten eingesetzt.

Schlußfolgerungen

— Zwischen den Eigeninteressen der Schweiz und einer Grundbedürfnisstrategie zugunsten der Aermsten in den Entwicklungsländern ergibt sich ein **Zielkonflikt**. Unsere technisch hochentwickelte Exportindustrie erhält bei uns wohl Arbeitsplätze, und der Finanzplatz Schweiz wirft wohl große Gewinne ab, doch beide zementieren strukturelle Ungleichheiten in der Dritten Welt und dienen nur im seltensten Fall einer angepaßten, dezentralisiert-ländlichen Entwicklung. Rentabilität und Arbeitsplatzsicherung bei uns oder Solidarität mit den Aermsten? Dieser Zielkonflikt darf nicht länger vertuscht werden. Wir sind überzeugt, daß Lösungen gefunden werden könnten, die unsere Arbeitsplätze erhalten, ohne in der Dritten Welt entwicklungshemmend zu wirken. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Entwicklungsländer zur bloßen Gewinnmaximierung sollte unter diesem Aspekt studiert werden.

— Jede wirtschaftliche, politische und soziale Aktivität in der Dritten Welt, die bestehende **Menschenrechtsverletzungen** toleriert oder begünstigt und die die **soziokulturellen Besonderheiten** eines Volkes nicht respektiert, ist zu verurteilen und möglichst einzustellen. Wirtschaftliche und politische Unter-

stützung verdienen reformwillige Regierungen, die auch eine landesinterne Umverteilung (z. B. tiefgreifende Landreform) praktizieren sowie eine Politik der Selfreliance verfolgen.

— Entwicklungshilfe ist bloßes Alibi, wenn nicht gleichzeitig wirksame Maßnahmen gegen **Fluchtgelder** aus Entwicklungsländern und **Rüstungsexporte** in Entwicklungsländer ergriffen werden sowie eine **entwicklungshemmende Investitions- und Handelspolitik** neu überdacht werden:

a) So soll die **internationale Rechtshilfe** ausgebaut werden, um dem Problem Kapitalflucht Herr zu werden. Eine diesbezügliche Lockerung des Bankgeheimnisses ist unumgänglich. Die Lösung dieses Problems muß für eine glaubwürdige Entwicklungspolitik der Schweiz Priorität haben.

b) Bei der **Exportrisikogarantie** soll neben dem Aspekt der Arbeitsplatz-erhaltung auch jener der Entwicklungsförderung (nach den Kriterien des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes) maßgebend sein.

c) Exportkartelle schweizerischer Herkunft und internationale Kartelle mit Schweizer Beteiligung sind zu bekämpfen, soweit sie den Wettbewerb auf Kosten der Entwicklungsländer beschränken.

— Die Schweiz steht bezüglich ihres Bruttosozialprodukts an erster Stelle der internationalen Rangliste, an zweitletzter bezüglich ihrer **öffentlichen Entwicklungshilfe**. Diese sollte kontinuierlich auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht werden. **Jede Kürzung ist skandalös.**

— Ebenso wichtig wie eine Aufstockung ist aber eine **qualitative** Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit:

a) Auf **multilaterale Finanzhilfe** soll langfristig — trotz Druckversuchen der Weltbank — verzichtet werden. Denn die zweckgebundene Verwendung dieser Gelder läßt sich nur schwer kontrollieren.

b) Kurzfristig soll der Bund dafür sorgen, daß **Kredite an Entwicklungsbanken** mit der Auflage verbunden werden, nicht mehr landwirtschaftliche Großprojekte, die mehr dem Agrobusiness als den Aermsten nützen, zu unterstützen. Außerdem soll die Achtung der Menschenrechte ein Kriterium bei der Kreditgewährung bilden.

c) Beim **Internationalen Währungsfonds (IWF)** soll die Schweiz ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß Kredite an Entwicklungsländer nicht mehr an unsoziale Bedingungen geknüpft werden. Währungspolitik und Entwicklungspolitik dürfen nicht mehr getrennt betrachtet werden.

d) Auf **Mischkredite** soll verzichtet werden, weil deren Entwicklungseffekt und Transparenz oft gering sind und sie der Verschuldung der Entwicklungsländer Vorschub leisten.

e) Demgegenüber sollen mehr Gelder für die direkte **Projekthilfe** aufgewendet werden. Wünschenswert sind eher kleine, überschaubare Projekte mit größtmöglichem Entwicklungseffekt (Hilfe zur Selbsthilfe in ländlichen Gebieten). Ein Personalabbau im Bereich Projekthilfe ist widersinnig. Allgemein soll mehr **bilaterale Hilfe** geleistet werden.

— Der Bund soll mit **privaten Hilfswerken** und **entwicklungspolitischen Organisationen** nicht nur bei der Projekthilfe zusammenarbeiten, sondern diese auch bei entwicklungspolitisch relevanten Entscheiden mitbeteiligen, so insbesondere bei Kreditgewährung und bei der Exportrisikogarantie.

— Die Schweiz soll sich im Rahmen des **Nord-Süd-Dialogs** dafür einsetzen, daß den Bedürfnissen der Entwicklungsländer (exklusive OPEC) vermehrt Rechnung getragen wird, so besonders durch die Schaffung eines Rohstofffonds, durch mehr entwicklungsorientierte Entschuldungsaktionen (Konsolidierung) sowie von Verhaltenskodizes für den Technologietransfer und für multinationale Gesellschaften.

— Der Informationsnotstand in der Schweiz in bezug auf die Dritte Welt und deren Beziehungen zu unserer Wirtschaft sollte behoben werden. Schulen, Medien, Hilfswerke, Bund und Parteien sollten sich vermehrt um eine **Bewußtseinsbildung** durch objektive, ungeschminkte Information bemühen und sich von Interessenverbänden nicht einschüchtern lassen. Unter anderm sollte dem Schweizer bewußt gemacht werden, daß sein **Konsumverhalten** direkte Auswirkungen auf die Entwicklungen oder Fehlentwicklungen in der Dritten Welt haben kann. In diesem Sinne unterstützen wir alternative Importorganisationen, deren Anliegen nicht Gewinnmaximierung, sondern Entwicklungsförderung ist. In der Bildungsarbeit sollen **solidarisches Sozialverhalten und Toleranz** gegenüber anderen Rassen und Kulturen mehr Gewicht erhalten. Eine entsprechende Ergänzung der Lehrpläne drängt sich auf.

— Nicht zuletzt soll jede Entwicklungsdiskussion die **Entwicklung in unserem Land**, die vorwiegend eine quantitative ist, kritisch durchleuchten und die Solidarität gegenüber **schweizerischen Minoritäten und Entwicklungsgebieten** (z. B. Bergregionen) verstärken.

Arbeitsgruppe «Entwicklungspolitik» der Jungen CVP Schweiz

«Christlichdemokratische Grundsätze»?

Die Thesen der Jungen CVP und die Reaktion der Mutterpartei

Das entwicklungspolitische Konzept der Jungen CVP vermittelt wertvolle Denkanstöße. Für den engagierten Entwicklungspolitiker sind die darin enthaltenen Thesen und Schlußfolgerungen zwar nicht umwerfend neu. Er mag sich sogar wundern, daß viele seiner Zielsetzungen nun plötzlich als «christlichdemokratische Grundsätze» etikettiert werden. Dennoch ist es ein ermutigendes Zeichen, wenn «hohes C» von jungen Christlichdemokraten als Herausforderung gegenüber ihrer bürgerlichen Mutterpartei verstanden wird.

Die «Alt»-CVP ist seit dem Erscheinen dieser Arbeit aber nicht untätig geblieben. Am 31. Mai hat sie in ihren Tageszeitungen eine eigene «Konzeptstudie zum Problemkreis der Schweiz zu den Entwicklungsländern» vorgelegt. Die Unterschiede zwischen den beiden «christlichdemokratischen» Papieren sind zum Teil beträchtlich. Die Mutterpartei hat sich jedenfalls von der zukunftssträchtigen Radikalität ihrer Jugendorganisation nicht anstecken lassen. Hat sie das Konzept der Jungen CVP überhaupt zur Kenntnis genommen? Tatsache ist, daß es bislang nicht einmal in der parteieigenen Presse veröffentlicht wurde.

Gewiß weiß auch die CVP um den Ist-Zustand «zunehmender Verarmung und Verelendung» in der Dritten Welt. «Unterentwicklung» wird nicht mehr als eine Form von «Rückständigkeit», sondern als «Abhängigkeit im weitesten Sinne» definiert. Sogar vom «emanzipatorischen Charakter» jeder echten Entwicklung ist die Rede, was übrigens «auch den Kern der christlichen Botschaft» ausmache. Die Unterschiede zwischen Alt und Jung beginnen dort, wo die Analysen aufhören und die politischen Konsequenzen fällig werden:

— Im Gegensatz zur Jungen CVP vermeidet die Mutterpartei jede Kritik am «freien» Weltmarkt und damit an der Hauptursache der beklagten «Abhängigkeit im weitesten Sinne». Die in die Milliarden gehenden Kapitalerträge aus den Entwicklungsländern sollen nicht in Frage gestellt, sondern ganz einfach durch staatliche Entwicklungsbeiträge, ab 1990 in der Höhe von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, kompensiert werden. Daß es wichtiger sein könnte, weniger zu nehmen als mehr zu geben, wird verdrängt. Und was ist das Versprechen mehr zu geben wert bei einer Partei, die sich noch in der letzten Dezembersession der eidgenössischen Räte für eine Kürzung des Entwicklungshilfebudgets um 35 Millionen stark machte?

— Von «Selfreliance» ist bei der CVP weder dem Wort noch der Sache nach die Rede. «Ein Mindestmaß an Deviseneinnahmen» werde ja schließlich «immer nötig bleiben». Zwischen den Europäern und den Menschen in der Dritten Welt soll sich zwar «ein 'herrschaftsfreier' Dialog entfalten». Aber natürlich nur «im Bereich der Ideen und der Werte». Man verschone davor den Bereich der Oekonomie. Das führte ja zur Demokratisierung der (Welt-)Wirtschaft!

— Die «Lockerung des Bankgeheimnisses» ist für die Junge CVP «unumgänglich». «Die Lösung dieses Problems muß für eine glaubwürdige Entwicklungspolitik der Schweiz Priorität haben.» Zur Bankeninitiative wird die Junge CVP erst in einem späteren Zeitpunkt Stellung nehmen, auf der Grundlage ihres entwicklungspolitischen Konzepts gewiß nicht ablehnend. Anders verfährt die Mutterpartei. Sie meint, zur Abwehr von «Geldern umstrittener Herkunft» genüge es vollauf, wenn die Banken freiwillig unter sich «Vereinbarungen» träfen. Die Banken seien an «Fluchtgeldern» ohnehin «nicht interessiert» . . . (Wie jede derartige «Entpolitisierung» öffentlicher Interessen durch private Vereinbarungen im entscheidenden Moment versagt, zeigt Roman Bergers Beitrag über den US-Kapitalismus in diesem Heft.)

— In der Konzeptstudie der CVP steht schließlich der wichtige Satz: «Entwicklungspolitik und Friedenspolitik müssen zusammengehen.» Anders als im Konzept der Jungen CVP wird die Waffenausfuhr in die Dritte Welt aber mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn ihr Verbot gefordert. Zu groß ist die Zahl jener CVP-Parlamentarier, die sich für die Motion Friedrich eingesetzt haben.

Zu einer Schlußfolgerung der Jungen CVP wäre freilich ein Fragezeichen zu setzen: Der Verzicht auf multilaterale Finanzhilfe kann gerade «langfristig» nicht die fortschrittlichste Variante für die Verwendung schweizerischer Entwicklungsgelder sein. Gewiß sind Kreditbedingungen, wie sie der Internationale Währungsfonds den Drittweltländern auferlegt, entwicklungsfeindlich. Aber auch die Bilateralisierung der Finanzhilfe ist kein Patentrezept. Für kapitalistische Großmächte

wäre sie erst recht ein Freipaß für die Fortsetzung ihrer Politik der Ausbeutung und Ausplünderung von Entwicklungsländern. Langfristig und im Sinne der — von der Jungen CVP geforderten — «neuen Weltwirtschaftsordnung» ist die multilaterale Finanzhilfe daher nicht aufzugeben, sondern neu zu strukturieren. Der Internationale Währungsfonds muß aufhören, sich wie eine geheime Weltregierung im Interesse des Kapitals zu gebärden. Er sollte zusammen mit der Weltbank und der IDA einer universalen, von allen Völkern begründeten Autorität im Dienste der Dritten Welt, zum Beispiel einer UNCTAD mit echter Rechtssetzungskompetenz, unterstellt werden.

Dieser Einwand tut jedoch der Qualität des Entwicklungskonzepts der Jungen CVP keinen Abbruch. Als religiöse Sozialisten oder als «Christen für den Sozialismus» freuen wir uns über jede Initiative, die zur christlich begründeten Emanzipation der Völker und Menschen beiträgt. Wir sind auch gerne bereit, die Diskussion über diesen mutigen Vorstoß in den «Neuen Wegen» weiterzuführen. Willy Spieler

VEREINIGUNG «FREUNDE DER NEUEN WEGE»

Einladung zur Jahresversammlung

am Sonntag, 29. Juni 1980, im Bahnhofbuffet Zürich (1. Stock).
Beginn 9.30 Uhr. Ab 9.00 Uhr Morgenkaffee.

Traktanden des ersten Teils:

1. Protokoll der Jahresversammlung vom 24. Juni 1979
2. Jahresbericht des Präsidenten
3. Jahresrechnung und Bericht der Revisoren
4. Abo-Preis für Auslandabonnenten
5. Finanzierung sog. «Ost-Abos»
6. Aussprache mit der Redaktion
7. Wahlen (Vorstand, Revisoren, Redaktion, Redaktionskommission)
8. Anträge, Verschiedenes

Thema des zweiten Teils: Das Streikrecht in der Schweiz.

Referat von Niklaus Heer, Rechtsanwalt, Zürich.

Anschließend Diskussion, gemeinsames Mittagessen und je nach Witterung gemeinsame Wanderung durch den Zürichbergwald.

Diese Einladung richtet sich nicht nur an die Mitglieder der Vereinigung «Freunde der Neuen Wege», sondern auch an alle Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift.

Der Präsident: Arnold Zürcher